

## **Änderungsantrag von Grünboldt zu TOP 6.11. von OLKS, LiLi: Barrierefreiheit**

Das Studierendenparlament möge beschließen:

Den eingereichten Antrag "Barrierefreiheit" der Listen OLKS und LiLi ist durch die folgende, überarbeitete Version zu ersetzen:

### **"Das Studierendenparlament möge beschließen:**

1. Die Präsidentin der Humboldt-Universität zu Berlin wird dazu aufgefordert, eine umfangreiche Prüfung sämtlicher öffentlicher Liegenschaften der Humboldt-Universität durch externe Sachverständige zu veranlassen und die erfassten Mängel umgehend zu beseitigen. Ferner fordert das Studierendenparlament die Präsidentin dazu auf, die Vereinbarkeit von Barrierefreiheit und Denkmalschutz intensiv zu prüfen und Studierende mit Behinderungen und ihr Recht auf gleiche Teilhabe über das Prestige alter Gebäude zu priorisieren. Auch in Konflikt mit dem Denkmalschutzgesetz greifen GG Artikel 3, das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz und § 4 des Behindertengleichstellungsgesetzes, um gleichberechtigte Teilhabe für (schwer-)behinderte Personen zu garantieren.
2. Die Präsidentin wird aufgefordert, eine zentralisierte Stelle einzurichten, welche sowohl als Ansprechpartnerin wie auch als Sammel- und Koordinationsstelle für Barrieren an sämtlichen Instituten der Humboldt-Universität fungiert. Diese Stelle soll es ermöglichen, diverse Akteur\*innen in Verwaltung und technischer Abteilung universitätsweit zu koordinieren und durch klare Verantwortlich- und Zuständigkeiten weitaus schnellere Problemlösungen ermöglichen. Die Schwerbehindertenbeauftragte der HU und ihr Büro bieten zwar eine erste Anlaufstelle für Beratung, können momentan allerdings keine baulichen Maßnahmen an Instituten initiieren oder koordinieren.
3. Der Akademische Senat wird ebenfalls aufgefordert, in seinen Beschlüssen ein besonderes Augenmerk auf den Aspekt der Barrierefreiheit und die genannten Forderungen zu legen.

### **Begründung:**

Mangelnde Barrierefreiheit an der HU wurde in den vergangenen Jahren vereinzelt festgestellt, jedoch bisher kaum als gesamtheitliches Problem der Humboldt-Universität verstanden. Am 11.06.2010 stimmte das Studierendenparlament einstimmig für einen Antrag, der barrierefreies Lehren und Lernen für jede\*n an der Humboldt-Universität zu Berlin forderte. Trotz der damaligen Einrichtung der Kommission Barrierefreie Hochschule im Akademischen Senat liegt eine Umsetzung des Beschlusses fernab jeglicher Realisierung.

Im Wintersemester 22/23 begann eine betroffene Studierende, verschiedene Barrieren an der Uni aufzuzeigen und zu dokumentieren, welche für sie als Rollstuhlfahrerin wie auch andere Menschen mit körperlichen Behinderungen oder Beeinträchtigungen darstellen. In einem Interview mit der kritischen Studierendenzeitschrift "HUch" (s.u.) schilderte sie, dass sie bis heute alleine kaum in ihre Gebäude gelangt. Sie berichtet u.a. von Rampen und Schwellen, von denen Rollstuhlfahrer\*innen stürzen oder von vorne aus ihrem Rollstuhl fallen könnten: Diese Barrieren und auch die mangelhaften baulichen Maßnahmen zur Beseitigung dieser seien "erhebliche Sicherheitsrisiken".

Der Kampf um den Abbau von Barrieren ist für die Betroffene mit einem frustrierenden, nicht enden wollenden Institutsmarathon verbunden, der sowohl die grundlegend mangelhafte Barrierefreiheit an der HU verdeutlicht, als auch das Fehlen jeglicher Struktur und Verantwortlicher, die sich in der Lage zeigen, geeignete Maßnahmen einzuleiten. Nur aufgrund ihrer unermüdlichen Eigeninitiative und Vernetzung mit verschiedenen Gruppen wie Einzelpersonen war es der Betroffenen möglich, sich Gehör zu verschaffen. Diese kräftezehrende Aufgabe geht dabei weiterhin zu Lasten ihrer Gesundheit. Der HU wirft sie explizit Diskriminierung vor und reichte bereits Beschwerde beim Landesamt für Diskriminierung ein, welche diesen Fall prüft und die HU bereits um Stellungnahme bat.

Dieser Fall macht deutlich, dass die HU ein erhebliches strukturelles Problem aufweist. Dabei stellt sich die Frage, wie viele Menschen mit Behinderungen sich bereits gegen ein Studium an der HU entscheiden mussten, weil diverse Barrieren ihnen den Zugang zu universitären Räumen versperrten. Aufgrund der kleinstaatlichen Organisation der Institute benötigt es eine universitätsübergreifende Struktur, die es Betroffenen vereinfacht, bauliche Mängel oder Barrieren zu melden, damit Maßnahmen schnellstmöglich initiiert werden können. Das Studierendenparlament sieht sich in der Aufgabe, sich mit der Studierenden wie auch allen anderen von struktureller Diskriminierung Betroffenen zu solidarisieren und die Präsidentin zum Handeln aufzufordern.

Link zum Interview: <https://www.refrat.de/huch/2023/05/exzellente-exklusivitaet>